

Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Anzeigen, die viergespaltene
Beitragelle 20 Pf.
Im Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungspreisliste Nr. 2185.
Redaktion und Expedition:
Berlin O.,
Münchenergerstr. 15.

des **Gewerkvereins der Deutschen Tischler (Schreiner)**
und verwandten Berufsgenossen
(Hirsch-Dumker).

Nr. 24.

Berlin, den 14. Juni 1901.

XII. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an **H. Bahlke**, Berlin O., Münchenerger-Strasse 15, Geldsendungen an **E. Gahner**, Berlin O., Münchenerger-Strasse 15, zu adressieren.

Rechte und Pflichten.

I.

Als wir vor einigen Wochen die Betrachtungen über die Arbeitsstatistik unseres Gewerkvereins schlossen, da wiesen wir schon darauf hin, daß sie uns voraussichtlich noch öfter Stoff und Anregung zur Besprechung bieten werde. Auch heute, wo es uns darauf ankommt, an die Kollegen allenthalben im weiten deutschen Vaterlande einige ernste Mahnungen zu richten, sind es mit in erster Linie die durch unsere Statistik aufgedeckten traurigen Verhältnisse, die uns zu unserem Vorgehen veranlassen. Wenn wir jetzt, trotz der außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Lage, die Hände müßig in den Schoß legen, die Sache ruhig weiter ihren gewohnten Schendrian gehen lassen und nicht vielmehr mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, an eine eifrige Agitation gehen, dann machen wir uns der größten Pflichtverletzung schuldig, nicht nur uns selbst, sondern auch der großen Menge noch nicht organisierter Kollegen gegenüber, die nun einmal nicht ohne gutes Zureden zum Anschluß an eine Organisation veranlaßt werden können.

Wer aber thatkräftig und erfolgreich wirken will für eine Sache, der muß sich genau darüber klar sein, welche Rechte ihm daraus erwachsen, vor allem aber auch, welche Pflichten er damit übernimmt. Bisher hat es unser Gewerkverein an dem überlassen, mit allen möglichen Brimborium die Öffentlichkeit zu beschäftigen, mit großen Worten und leeren Phrasen die Massen zu sich herüberzuziehen, die dann oft genug erkennen mußten, daß Versprechen und Halben zweierlei ist. Wie oft werden nicht in gegnerischen Versammlungen unsere Unterstützungseinrichtungen angegriffen und bemängelt, und schließlich behauptet, daß andere Organisationen bedeutend mehr für ihre Mitglieder leisten! Freilich, wenn es galt, den Beweis der Wahrheit anzutreten, dann stellte sich noch stets heraus, daß unsere Organisation der wirksamste Schutz in allen Nothlagen des Lebens ist, und daß trotz der verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl die Gewerkvereine innerlich am meisten gefestigt sind. Oder ist es vielleicht ein Zeichen der Stärke, die Kollegen aufzufordern, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und sich nachher gefallen lassen zu müssen, daß die Feiernden auf längere Zeit von der Arbeit ausgesperrt werden? Will man wirklich dem Unternehmertum auf diese Weise die Ueberzeugung von der Macht der Arbeiterschaft beibringen? Dabei aber ist das Schlimmste, daß häufig diejenigen, die am lautesten und entschiedensten für die Feier des 1. Mai eintreten, sonst am ehesten bereit sind, Ueberstunden zu machen. Im Uebrigen sind uns Fälle zur Kenntniß gekommen, wo man den Gewerkschaften fernstehende Arbeiter moralisch gezwungen hat, am 1. Mai zu feiern, während vielfach die „zielbewußten“ Genossen sich trotzdem nicht geschämt haben, an diesem Tage wie gewöhnlich ihrer Arbeit nachzugehen.

Noch ein Punkt möge gleich hier erörtert werden. Von den Gewerkschaftern wird uns Gewerkvereiner mit besonderer Vorliebe

der Vorwurf gemacht, daß wir wegen der von uns vertretenen „Harmoniebüferei“ gar nicht im Stande und auch nicht gewillt seien, energisch für die Interessen und die Aufbesserung der Lage der Arbeiter einzutreten. Freilich, wenn Jemand es „die Lage der Arbeiter verbessern“ nennt, daß allerorten planlose Streiks in Scene gesetzt werden, deren Aussichtslosigkeit von vornherein auf der Hand liegt, dann mag jene Behauptung richtig sein. In dieser Hinsicht sind uns unsere Gegner allerdings weit über, ob aber zum Segen der Arbeiter, das will uns zweifelhaft erscheinen. Gerade in den letzten Monaten ist in dieser Hinsicht viel gesündigt worden, so daß selbst der sozialistische Reichstagsabgeordnete **Calwer** in der „Leipziger Volkszeitg.“ dazu Stellung zu nehmen sich genöthigt gesehen hat. Er schreibt da:

„In den letzten Wochen sind im Reiche Ausstände begonnen worden, die bei ihrem Anfange auch schon verloren waren. Da in der jetzigen Zeit der Erfolg eines Streiks sehr fraglich ist, so müssen zu allererst, wenn ein Streik unternommen werden soll, nüchtern und leidenschaftslos die Aussichten eines Vorstoßes gegen die Arbeitgeber geprüft werden. Denn ein Streik ist doch sinn- und zwecklos, wenn ein totaler Mißerfolg in sicherer Aussicht steht. Soll trotzdem in solchem erfolglosen Falle ein Streik zu rechtfertigen sein, so müssen so schwerwiegende Gründe für die Arbeiter vorliegen, daß ihnen das Weiterarbeiten direkt zur Unehre gereichen müßte.“

Uns völlig aus der Seele gesprochen, Herr Calwer; leider aber handeln Ihre Parteigenossen, wie zugegeben wird, nicht nach dieser Grundsatz, sondern streiten trotz der ungünstigen Geschäftslage frisch und frei darauf los, ohne sich durch frühere Beispiele abschrecken zu lassen. Die große Mehrzahl dieser Ausstände geht natürlich verloren, meistens weil kein Geld, oder doch nicht in genügender Menge vorhanden ist und erst durch Sammellisten ein Streikfonds geschaffen werden muß. Das Traurigste dabei ist die Thatsache, daß unsere Mitglieder mit darunter zu leiden haben. Theiligen sie sich an solchen Lohnbewegungen, so müssen sie, wenn dieselben verloren gehen, ebenfalls wieder anfangen zu arbeiten, obgleich sie noch auf Wochen und Monate den Streik hätten aushalten können. Denn wir besitzen die Mittel, um, wie es ja auch häufig genug geschehen ist, einen Streik, der berechtigt ist, mit Erfolg durchzukämpfen, dank der planmäßigen und sparsamen Verwaltung, die unsere Organisation seit ihrer Entstehung ausgezeichnet hat.

So bietet uns denn also unser Gewerkverein einen starken Rückhalt in wirtschaftlichen Kämpfen, der viel wirksamer ist als der anderer Organisationen, die zwar viel versprechen, in der Noth aber nicht in der Lage sind, das Versprochene zu halten. Leider geht es nun im gewerkschaftlichen Leben ebenso zu wie im gewöhnlichen. Wer seine Waare am lautesten anzupreisen versteht, wer tüchtig Reklame macht, der hat am meisten Zulauf. So kommt es denn auch, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften, wenigstens augenblicklich, eines wesentlich stärkeren Zuspruchs sich erfreuen als die Gewerkvereine, wenn auch, wie noch des Weiteren ausgeführt werden wird, jene sich mehr und mehr den Einrichtungen anpassen, die wir schon

seit Jahren besitzen, und wegen der wir früher so heftig angefeindet worden sind. „Die Gewerkvereine sind nur Unterstützungsvereine,“ so konnte man in allen möglichen Tonarten und Variationen hören, und heute — da werden in den meisten Gewerkschaften dieselben Unterstützungen eingeführt und erfreuen sich großer Beliebtheit. Für uns ist diese Thatsache eine große Genugthuung und ein Beweis dafür, daß wir von Anfang an besser verstanden haben, für das Wohl unserer Mitglieder zu sorgen, in allen Nothlagen des Lebens ihnen eine Stütze zur Seite zu stellen. Sind es nicht großartige Leistungen, die unsere Organisation den Genossen bietet? Wir erinnern an den Rechtschutz, der schon nach dreimonatlicher Mitgliedschaft gewährt wird, an die Unterstützung bei Aussperrung oder Maßregelung mit 2 Mark pro Arbeitstag, auf welche die Kollegen nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft Anspruch haben. Ist Jemand ein Jahr bei uns Mitglied, so wird ihm eine Reise- und Wanderunterstützung bis 18,75 Mark in 52 aufeinanderfolgenden Wochen gewährt, desgleichen Erlass der Beiträge für 10 Wochen bei Arbeitslosigkeit und bei Mitgliedern, welche aus der Zuschuß-Kranken-Unterstützungskasse ausgesteuert sind. Zum Schlusse seien noch die nach zweijähriger Mitgliedschaft eintretende Arbeitslosenunterstützung mit 1,25 Mark pro Arbeitstag, außerordentliche Unterstützung bis zur Höhe von 25 Mark bei plötzlichen Nothlagen, ferner die Uebersiedelungsunterstützung nach dreijähriger Mitgliedschaft erwähnt. Wir können über diesen Punkt etwas schneller hinweggehen, da die Mitglieder über ihre Rechte in der Regel ganz gut unterrichtet zu sein pflegen, wenn auch manchmal Forderungen an die Ausschüsse bezw. der Hauptkasse gestellt werden, die noch recht erheblich über die Vorschriften hinauszielen. Zu unserem Bedauern aber müssen wir erklären, daß ein recht großer Theil unserer Mitglieder die Pflichten, die die oben erwähnten Rechte auferlegen, vielfach nicht zu kennen scheinen oder sich derselben noch nicht in ihrem vollen Maße bewußt geworden sind. Mit diesen Pflichten der Mitglieder wollen wir uns in der nächsten Nummer etwas eingehender beschäftigen.

14. Verbandstag der Deutschen Gewerkvereine.

II.

Nach der Begrüßung vieler erschienenen Ehrengäste referirte, nach dem im Auszuge schon mitgetheilten Thätigkeitsbericht des Anwalts, der mit Befriedigung entgegengenommen wurde, Redakteur Goldschmidt (Berlin) über die Wohnungsfrage. Der Referent schilderte in sehr ausführlicher Weise an der Hand amtlicher Ziffern und zahlreicher anderer Beläge die Wohnungsverhältnisse in Deutschland, in den Städten und auf dem Lande. Wohl sei vielfach ein direkter Mangel an kleinen Wohnungen nachzuweisen, das eigentliche Wesen der Wohnungsnoth bestehe aber hauptsächlich 1. in der unzureichenden Beschaffenheit, 2. in der leider zu oft vorkommenden Uebersiedelung, und 3. in den zu hohen Miethspreisen der Wohnungen.

Die zu 1 und 2 angegebenen Arten der Wohnungsnoth finden sich fast überall, also auch in den kleineren Städten und auf dem Lande. Was namentlich die unzureichende Beschaffenheit der Wohnungen anbetrifft, so dürfte hierin die Wohnungsnoth auf dem Lande und in den kleineren Städten wohl schlimmer sein, als in den Großstädten, bezüglich der Uebersiedelung der kleineren Wohnungen dürften die Verhältnisse auf dem Lande und in den kleineren Städten ebenso ungünstig liegen wie in den Großstädten, indes die Wohnungsnoth der zu hohen Miethspreise vorwiegend in den Großstädten zu beobachten ist. Auf dem Lande haben manche Schweine- und Pferde- ställe mehr Komfort als die Wohnungen der Arbeiter. In kleineren und älteren Städten lernte Redner Arbeiter- und Handwerker-Wohnungen kennen, die weit eher den Namen Höhle als Wohnungen verdienen.

Um den großen sittlichen Schäden, insbesondere den schlechten und überfüllten Wohnungen entgegenzuwirken, müßten Staatshilfe, Gemeindehilfe und Selbsthilfe zusammenwirken. Hierzu empfahl der Referent die Annahme der folgenden Resolution:

„Der 14. Verbandstag erklärt: Der Verbandstag hält es für erwiesen, daß in den Städten sowohl wie auf dem Lande fast allgemein die Wohnungsverhältnisse für die minder bemittelte Bevölkerung, insbesondere für die Arbeiterfamilien durchaus unzureichend sind. Zur Abhilfe dieses großen sozialen Schadens richtet der Verbandstag an die Staatsregierungen das Ersuchen, der Wohnungsfrage vollste Aufmerksamkeit zu schenken und alle auf die Förderung des Arbeiterwohnens gerichteten Bestrebungen, sofern dieselben der Freizügigkeit nicht entgegenstehen, zu unterstützen, insbesondere 1. durch den Bau von Wohnungen für die in den Staatsbetrieben beschäftigten untern Beamten und Arbeiter; 2. durch Unterstützung und Förderung der auf Selbsthilfe beruhenden Baugenossenschaften; 3. durch Einrichtung von Wohnungsinspektionen. — Der Verbandstag richtet an die Gemeinden und Gemeindeverbände das Ersuchen, in der gleichen oben gezeichneten Richtung thätig zu sein, insbesondere in größeren Städten durch die Entwicklung der Verkehrsmittel (Straßenbahnen, womöglich mit Uebernahme in eigene Regie), Betheiligung an gemeinnützigen Baugesellschaften

und Unterstützung von Baugenossenschaften, Ablassung von Baugrund zu billigen Preisen oder vermittelt des Erbbaurechts, Erschließung von Baustellen, Gewährung billigen Kredits und event. Uebernahme der Bürgschaft, Erleichterung des Bauens von kleinen Wohnungen vermittelt Ermäßigung der Realsteuern bezw. des Wassergeldes, der Kanalisationsgebühren u. s. w., zweckmäßige Gestaltung der Grund- und Gebäudebesteuerung (Besteuerung nicht nach dem Reinertrag, sondern nach gemeinem Werth), um die aus Spekulationsrücksichten unbebaut liegenden Grundstücke zur schnelleren Bebauung zu bringen. — Der Verbandstag fordert die Arbeiter und die übrige minder bemittelte Bevölkerung auf, Baugenossenschaften zu gründen bezw. bestehenden Genossenschaften beizutreten. — Der Verbandstag fordert ferner die Arbeiter des Baugewerbes auf, den Gewerkvereinen beizutreten, um die allgemeine Einführung und Anerkennung von Tarifverträgen (zwischen den Organisationen der Arbeiter und den Arbeitgebern vereinbarte Arbeitsbedingungen) mit Erfolg betreiben zu können, damit die Bauhätigkeit möglichst wenig durch Arbeitseinstellungen und Aussperrungen gestört wird.“

Der Korreferent Verbandsabgeordneter Herberger-Halle a. d. S. schilderte seine Erfahrungen als Baugenossenschafter in interessanten Bildern. Der Arbeiter müsse für das Genossenschaftswesen erzogen werden. Wenn alle Kräfte angespannt würden, dann könne es auch auf dem für das Familienleben so wichtigen Gebiete des Wohnungswesens besser werden. — An der Diskussion, welche erst am 29. Vormittags zu Ende geführt wurde, theilte sich der größte Theil der Abgeordneten, die im wesentlichen den Referenten zustimmten, aber noch manches traurige Bild des Wohnungselends aufrollten. Die Resolution Goldschmidt wurde einstimmig angenommen. Von den beantragten Amendements wurden angenommen ein Antrag Winter-Berlin: Der Verbandstag ersucht ferner die Staatsregierungen um Vorlegung von Gesetzentwürfen an die Parlamente zur Abänderung der Städteordnungen dahin, daß das den Hausbesitzern gewährte Vorrecht, die Hälfte der Sitze in den Gemeindevertretungen einzunehmen zu müssen, aufgehoben wird. Ferner ein Antrag Pulz-Bitterfeld: Der Verbandstag u. s. w. ersucht die Gemeinden und Gemeindeverbände, aus den Gemeinde- und Kreisparlassen bei Beleihung, Häuser mit kleinen Wohnungen zu bevorzugen und ihnen einen mäßigen Zinsfuß zu gewähren. Nach Antrag Ziegler-Düsseldorf soll den Vereinen empfohlen werden, bei Gründung von Baugenossenschaften darauf zu achten, daß die Häuser stets Eigentum der Genossenschaft bleiben.

Nach Erledigung dieses Themas beschloß auf Antrag der Verbandsabgg. Böttcher (Spremberg), G. Klinzmann und C. Haupt (Burg), Große (Kottbus), Raab (Linden) und Otto (Dessau) der Verbandstag, dem Anwalt für seine Thätigkeit auch in den letzten drei Jahren Dank und Anerkennung auszusprechen.

Sodann trat man in die Verhandlungen ein über die Neutralisirung der Arbeiterberufsvereine.

Der erste Referent Dr. May Hirsch hob nachdrücklichst hervor, daß die Deutschen Gewerkvereine stets wahrhaft neutral gewesen seien. Auf die politische oder religiöse Gesinnung der Mitglieder sei niemals eine Einwirkung versucht worden. Der sich gegen den Eintritt der Sozialdemokratie in die Gewerkvereine richtende Revers bezwecke gerade, die Neutralität aufrecht zu erhalten, weil die Sozialdemokraten erfahrungsgemäß die politische Betheiligung oben an stellen und sich an keiner Stelle der Agitation für die Partei enthalten können. Die Gewerkschaftsblätter bestätigen dies, die in ihren Leitartikeln für die Sozialdemokratie agitiren. Der Streit würde ohne Revers erst in die Vereine hineingetragen und ein einigiges Vorgehen gemäß den Grundanschauungen sei dann nicht mehr möglich. Alle Arbeiter müßten sich organisiren, wer als Sozialdemokrat nicht zu uns kommen könne, der müsse dann in die Gewerkschaften eintreten. Wo es sich dann um praktische Fragen des Arbeiterlebens handele, da sei ein Zusammengehen aller Arbeiterorganisationen zu empfehlen. So diene man am Besten der ganzen Arbeitersache, jedenfalls viel mehr, als wenn man die Arbeitermassen zu einem Urbrei zusammenführe, in welchem jede Individualität ersticke. Die Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen sollten einander mit Achtung entgegentreten, das erleichtere das im gegebenen Falle notwendige Zusammengehen. Der Referent sagte seine Rede in folgender Resolution zusammen:

„Der 14. Verbandstag erklärt:

Die Neutralität der Arbeiterberufsvereine, d. h. ihre Trennung und Unabhängigkeit von parteipolitischen und kirchlichen Bestrebungen, bildet ein wesentliches Erforderniß, um ihre wahren, die wirtschaftlich-sozialen Aufgaben unverfälscht und mit konzentrierter Kraft zu erfüllen.

Dieser Grundsatz ist für die Deutschen Gewerkvereine seit ihrer Entstehung unverbrüchlich maßgebend gewesen.

Die Behauptung, daß sie von einer politischen Partei für ihre Zwecke gegründet und in Abhängigkeit gehalten sei, ist eine hundertmal nachgewiesene Unwahrheit, die nur aus Unkenntniß oder Böswilligkeit noch heute wiederholt werden kann.

Der als Beweis für die politische Parteinahme angeführte „Revers“ beweist vielmehr das Gegentheil. Er wurde seit 1876 eingeführt zur nothgedrungenen Abwehr gegen die von der Sozialdemokratie geplante Sprengung oder Ausbeutung der Gewerkvereine zu Parteizwecken. Die statutarische Bestimmung, wobei Anhänger

der Sozialdemokratie nicht beitreten können, gilt nicht der politischen, sondern der sozialen, die Kollektivwirtschaft erstrebenden Partei. Ein prinzipielles wirtschaftlich soziales Programm, aber steht nicht in Widerspruch mit dem Wesen der Arbeiterberufsvereine, sondern bildet ihre wesentliche Grundlage, ihren wahren Charakter.

Ein großer Theil der Gewerkschaften, sowohl sozialdemokratischer, als auch christlicher Richtung, verfolgt dagegen grundsätzlich wie thatsächlich partei- oder kirchenpolitische Zwecke. Da sie, nicht an die längst neutralen Gewerkschaften ist daher die Aufforderung zur Neutralisirung zu richten.

Das allgemeine praktische Arbeiterinteresse, insbesondere die wirksame Vertretung gegenüber den Arbeitgebern, gebietet keineswegs die Verschmelzung, sondern nur ein Bündnißverhältnis, beruhend auf gegenseitiger Anerkennung und Achtung. Die deutschen Gewerkschaften haben, wie von Anfang an, so besonders in letzter Zeit, ein solches Verhältnis thatsächlich erstrebt und nach Kräften innegehalten; sie werden ebenso auch in Zukunft handeln.

Verbandsabgeordneter Trabert-Leipzig als zweiter Referent führte aus, es sei bedauerlich, daß durch die gegenseitige Bekämpfung die Organisation zersplittert werde. Immer mehr habe sich die Einsicht breit gemacht, daß bei der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse aller Parteihader fortbleiben muß. Redner sei Gegner des Reverses, nicht aus Liebe zu den Sozialdemokraten, sondern aus Liebe zu den Deutschen Gewerkschaften, die durch den Revers in ihrer Entwicklung gehemmt würden; aus praktischen Gründen müsse der Revers fallen. Der Redner brachte folgende Resolution ein:

„In Erwägung, daß durch die bestehenden Verhältnisse alle Arbeiter, gleichviel, welcher politischen und religiösen Richtung dieselben angehören, gleichviel, wie dieselben organisiert sind, gleich schwer bedrückt werden, erklärt der 14. Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) es für seine heilige Verpflichtung, für seinen Theil mit dazu beizutragen, daß eine Annäherung aller bestehenden Arbeiter-Organisationen, um thatkräftig für Verbesserungen der Lage des arbeitenden Volkes eintreten zu können, herbeigeführt wird. In fernerer Erwägung fordert dieselbe Körperschaft alle diejenigen Verbände, welche den Revers noch obligatorisch haben, auf, denselben so bald wie möglich abzuschaffen, da der 14. Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) der festen Ueberzeugung ist, daß derselbe für uns ein Hinderniß der Ausbreitung und Stärkung unserer Organisation ist.“

Zwei Delegirte, Pioch-Berlin und Saller-Karlsruhe, beantragten:

„Der 14. Verbandstag ist nicht in der Lage, über die Abschaffung des sogenannten „Reverses“ beschließen zu können, da diese Sache der einzelnen dem Verbandsangehörigen Gewerkschaften ist. Der Verbandstag empfiehlt jedoch denjenigen Gewerkschaften, welche den Revers in ihren Statuten noch haben, denselben entweder durch allgemeine Mitgliederabstimmung oder durch die nächste Generalversammlung abzuschaffen, da er den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspricht.“

Verbandsabgeordneter Gleichauf-Mannheim beantragt folgende Erklärung:

„Der 14. Verbandstag empfiehlt denjenigen Gewerkschaften, die noch einen Revers besitzen, der politischen Austrich hat, denselben eine solche Form zu geben, wodurch jeder berechnete Vorwurf, die Gewerkschaften seien nicht unparteiisch, ausgeschlossen ist.“

Verbandsabgeordneter Mauch-Berlin beantragt, nach Anhörung der Referate und der stattgehabten Diskussion diesen Punkt der Tagesordnung für erledigt zu erklären. Beschlußberechtigt seien in dieser Angelegenheit nur die Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften.

Nach einer fast eintägigen sehr lebhaften Diskussion kam es zur Abstimmung. Die Resolution des Anwalts Dr. Marx-Firsch wurde mit 27 gegen 20 Stimmen angenommen und mit 26 gegen 21 Stimmen der Antrag Mauch. Die anderen Anträge wurden für erledigt erklärt.

Es folgte dann die Berathung über die angekündigte Krankenversicherungs-Novelle und die freien Hilfskassen.

Der erste Referent Sahn-Burg geht zunächst auf die Geschichte der Krankenversicherung ein und legt dar, daß in den Hilfskassengesetzen dem Arbeiter ein wichtiges Selbstbestimmungsrecht gegeben wurde, welches auf seine wirtschaftliche Erziehung nicht ohne Einfluß ist. Er geht auf das Krankenversicherungs-Gesetz und die durch die Presse gegangenen Vorschläge zur Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes ein, nach welchen den eingeschriebenen Hilfskassen und zwar solchen, die als sogenannte Vorkassen den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen und demgemäß von der Zugehörigkeit zu einer Zwangskasse entbinden, die Existenzberechtigung abgesprochen wird.

Referent weist darauf hin, daß den wirklichen oder vermeintlichen Vorrechten, welche die eingeschriebenen Hilfskassen besitzen, auch erheblich höhere Pflichten gegenüberstehen. Wenn die Verfechter des freien Kassenwesens dessen ungeachtet die in den geplanten „Änderungen“ lautbar gewordenen Absichten bekämpfen, so geschähe dies vorzugsweise aus ethischen und idealen Gründen, um welchen Kreisen tüchtiger Arbeiter ihr Bestimmungs- und Verwaltungsrecht in ihren ureigensten Angelegenheiten zu erhalten.

Referent bringt nachfolgende Resolution ein, welche einstimmig angenommen wird:

„Der 14. ordentliche Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften erklärt angesichts der durch die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes drohende Beschränkung bezw. Beseitigung der freien Hilfskassen:

Die eingeschriebenen Hilfskassen haben die in der sozialpolitischen Gesetzgebung ihnen zugewiesene Aufgaben im vollsten Maße erfüllt.

Wie sie seit Beginn der Entwicklung des Krankenversicherungswesens vorbildlich gewesen, so stehen sie in ihren Leistungen und in ihrer Verwaltung auch heute noch musterhaft da. Sie bilden für tausende deutscher Arbeiter eine Schule der Selbstzucht und Selbstverantwortlichkeit, ein treffliches Mittel zu ihrer wirtschaftlichen Erziehung und zur Hebung ihrer moralischen Persönlichkeit. — Den an ihnen bemängelten, vermeintlichen Vorrechten steht ein erheblich erweitertes Maß übernommener Pflichten gegenüber. Die Mitglieder der freien Hilfskassen sind die alleinigen Träger ihrer Versicherung.

Sie haben aus wirtschaftlich ethischen Gesichtspunkten auf fremde Hilfe verzichtet und bestreiten die sämtlichen Kassenleistungen aus eigenen Mitteln. Zu einer ungerechten Belastung für sie würde die Zumuthung führen — wie es die geplanten Abänderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes bezwecken — über die eigene Fürsorge hinaus auch noch zu Trägern der Versicherung für kranke Arbeiter zu werden.

Die freien Hilfskassen in ihrer Selbstverwaltung und Selbstverantwortlichkeit predigen durch ihr Beispiel die Pflege der moralischen Kräfte des Volkes und dienen hierdurch in hohem Grade dem Gemeinwohl. Ihre Preisgabe einem öden Schematismus zu Liebe, hieße nicht allein hunderttausenden deutschen Arbeitern Unrecht zufügen, sondern auch diese zur Staatserhaltung und zu seinem Gedeihen, so unentbehrlichen Kräfte in höchstem Maße lähmen.“

Der zweite Referent, Verbandsabgeordneter Herzog-Potsdam, welcher in seinen Ausführungen mehr den Zweckmäßigkeitsstandpunkt vertritt und daher einen etwas abweichenden Standpunkt einnimmt, bringt eine Reihe darauf gerichteter Vorschläge zur Kenntniß, welche aber mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt werden.

Die Gewerbeaufsicht und die Beteiligung der Arbeiter an derselben war der vierte Hauptgegenstand der Tagesordnung.

Der erste Referent, Vorsitzender Kamin-Berlin, schildert zunächst die Bedeutung der Gewerbeaufsicht für die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze und bedauert, daß diese Institution vielfach bei den Unternehmern und leider auch noch allzu oft bei den Arbeitern, nicht genügend verstanden und gewürdigt werde. Der Redner faßte seine instruktiven Darlegungen, an deren Schluß er sich scharf gegen die Einführung der reichsamlichen Censur über die einzelstaatlichen Berichte und Zusammenstellungen derselben zu einem einzigen Werk, das dann nur zu theuerem Preis zu haben sei, wendete, in folgender Resolution zusammen:

„Der Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften erblickt nach wie vor in der staatlichen Fabrikaufsicht einen ersprießlichen Fortschritt auf sozialem Gebiet. Er richtet in erster Linie an die Mitglieder des Verbandes, sowie auch an sämtliche Arbeiter das Ersuchen, diesem Zweige der sozialen Gesetzgebung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist notwendig, alle Vorkommnisse zu berichten und durch öffentliche Diskussion möglichst zu verbreiten, um vorhandene Mißstände zu beseitigen. Der Verkehr mit den Fabrikaufsichtsbeamten und Beamtinnen ist mehr als bisher zu pflegen, um den Beamten ihr schweres Amt zu erleichtern. Es ist entschieden dahin zu wirken, daß durch Vermehrung der Zahl der Beamten die Fabrikaufsicht ersprießlicher wirken kann. Ganz besonders ist aber einzutreten für Vermehrung der Zahl der weiblichen Aufsichtsbeamten und für Anstellung von Aufsichts-Assistenten aus dem Arbeitnehmerstande.“

Ferner erklärt der Verbandstag, daß im Interesse der Handlungsangestellten die Anstellung von Handels-Inspektoren dringend geboten ist; sowie bei der Gruben-Inspektion Arbeiter-Delegirte als Hilfsinspektoren anzustellen sind.

Der Verbandstag bedauert, daß die Jahresberichte der Fabrikinspektoren der Einzelstaaten nicht mehr wie bisher in einer Gesamtausgabe dem allgemeinen Publikum zugänglich sind, da diese zusammengefaßten Berichte nur in beschränkter Anzahl hergestellt werden und der hohe Preis von zirka 36 Mark die Beschaffung auch sehr erschwert.

Der Verbandstag erwartet vom Reichstag, daß hierin Wandel geschaffen und der frühere Zustand wieder eingeführt wird.“

Der zweite Referent Große-Cottbus sprach über seine praktischen Erfahrungen und betonte besonders, daß der Fabriken-Inspektor unter allen Umständen ohne vorherige Anmeldung in die Betriebe kommen müsse, was dem Anschein nach nicht immer geschehe, denn es komme nicht selten vor, daß mit auffälliger Hast die Fabrikräume in Ordnung gebracht würden und bald darauf erscheine dann der Fabriken-Inspektor, der dann schwerlich etwas entdecke. Vielleicht erfolge solche Benachrichtigung da, wo sie vorkomme, ohne Wissen des Aufsichtsbeamten auf irgend einem Umwege. Wichtig sei die Vermehrung der Stellen, die Hinzuziehung von Arbeitern als Assistenten und die ver-

mehrte Anstellung von Assistentinnen auch unter Berücksichtigung von Arbeiterinnen. Im Uebrigen stimmte Redner der Resolution Ramin zu.

In der Diskussion wies Fräulein Christmann-Cöln darauf hin, daß viele Inspektoren durch die Fabriken huschten, wie eine Sternschnuppe durch den Weltraum. Es sei nötig, daß der Aufsichtsbeamte oder die Beamtin tage-, wochen- und eventuell monatelang in einem großen Betriebe verweilen müsse, um einen richtigen Einblick in die Verhältnisse gewinnen zu können.

Verbandsratsabgeordneter Sommer-Verein befürwortete die Anstellung von Handelsinspektoren und Hammacher-Syrum beantragte die Hinzuziehung von Arbeiterdelegierten bei der Grubeninspektion.

Die Resolution Ramin wurde einstimmig angenommen.

Die sich dann anschließenden Berichte der Rechnungsabschlüsse, wie die Verabreichung und Beschlussfassung über die große Zahl der Anträge werden demnächst aus dem allen unseren Ortsvereinen zugehenden ausführlichen Protokoll ersichtlich sein, weswegen schon jetzt auf die darin enthaltenen Einzelheiten hingewiesen sein mag.

Rundschau.

Die diesjährige Pfingstwoche stand im Zeichen der Kongresse der Arbeiterorganisationen. Die Abgeordneten der Arbeiterparlamente sind in ihre Heimath zurückgekehrt und mehr oder weniger eingehend berichtet die Presse über die gepflogenen Verhandlungen und gefassten Beschlüsse. Ueber den in Cöln abgehaltenen 14. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine finden unsere Leser an anderer Stelle dieser Nummer eingehenden Bericht. Wie nicht anders zu erwarten war, herrschte volle Einmütigkeit in dem Bestreben, die Organisation zu stärken, auf dem eingeschlagenen Wege rüstig weiter zu arbeiten, um der Arbeiterschaft die ihr gebührende Stellung in der Gesellschaft zu verschaffen. Wünschen und hoffen wollen wir, daß die in Cöln gegebenen Anregungen befruchtend auch auf unseren Gewerksverein wirken.

Es hielten ferner Kongresse ab der Centralverband der Bildhauer in Dresden, der Deutsche Metallarbeiterverband in Nürnberg, der Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterverband in Kassel und der Centralverband der Töpfer und Berufsgenossen in Magdeburg. Das Bemerkenswerthe der Verhandlungen dieser Generalversammlungen war, daß man sich fast sammt und sonders mit der Erweiterung resp. Einführung des Unterstützungswesens beschäftigte, also Sachen, welche die Gewerksvereine seit ihrem Bestehen eingerichtet und musterträchtig ausgebaut haben, und gerade deswegen verhöhnt, angefeindet und verfolgt wurden. Aber alles das, was man früher bei den Gewerksvereinen als Palliativmittel bezeichnete, es wird jetzt von den Gegnern als das beste Mittel betrachtet, das gesteckte Ziel erreichen zu können. Wie sich doch die Zeiten ändern! Auch die Frage der Maisfeier, welche schon so viele unnütze Opfer gefordert, wurde angeschnitten und von Seiten des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes betont, er habe dahin gewirkt, daß die Maisfeier nicht zu einer Machprobe mit dem Unternehmertum gemacht wurde, wenn er auch der Meinung sei, daß die Maisfeier eine Demonstration für die Ziele der Arbeiterschaft sei. Dem letzteren können wir nun nicht beistimmen, müssen aber ebenfalls die aus den Folgen der Maisfeier für die Arbeiterschaft entspringenden Opfer nur als unnütze Verzettelung des Vermögens der Arbeiterorganisationen, des besten Kriegsmaterials, erachten. Die weiterhin zur Diskussion gestellten und theilweise auch beschlossenen Organisationsänderungen in den verschiedenen Verbänden haben ja für uns nur wenig Interesse, nur auf eins möchten wir noch hinweisen: der Centralverband der Bildhauer beschloß den bisher 50 Pf. wöchentlich betragenden Beitrag auf 65 Pfennig zu erhöhen. Was sagen unsere 10 Pfennigswärmer dazu? Auch die christlichen Gewerkschaften hielten einen Kongreß, und zwar in Krefeld ab. Die Herren waren sich noch nicht recht einig, ob die Religionsbekenntnisse in den Gewerkschaften eine Rolle spielen sollen, oder ob dieselbe als neutrale Organisation zu arbeiten hat. Auch hier wurde das Unterstützungswesen als Agitationsmittel bezeichnet und die Anerkennung der Berufsvereine gefordert. Das ist bei uns Gewerksvereiner schon vor Jahren geschehen. Man sieht also, unsere Idee findet immer mehr Anerkennung.

Es geht vorwärts. Die Abschlüsse des letzten Monats ergeben, daß am 1. Juni unserem Gewerksverein über 7000 Mitglieder angehörten. In den abgelaufenen 5 Monaten dieses Jahres wurden neue Ortsvereine begründet in Bütow, Rybnitz, Stettin, Weikensee, Nachen und Dorimund. In Verfolg des Weikenseer Beschlusses — alle nicht am Orte eines Vereins wohnenden Mitglieder sind von der Hauptkasse zu führen — sind auch zur Zeit wieder Verhandlungen im Gange, welche zu der Hoffnung berechtigen, daß sich in kürzester Zeit in anderen Orten ebenfalls Kollegen unseres Berufs zu einem Verein zusammenschließen werden. Eine weitere Aufgabe aller Mitglieder ist es aber, die jetzt günstige Zeit der Ausflüge zu benutzen und in Bekanntenkreisen durch Wort und Schrift (Vertheilung von Flugblättern, welche in jeder gewünschten Zahl vom Bureau zu beziehen sind) für Verbreitung unserer Ideen zu wirken und neue Mitglieder zu werben.

Eine Regelung der Lehrlingsfrage haben die Handwerkskammern in Aussicht genommen. Sie richten an die zugehörigen Innungen die Aufforderung, auf ihren diesjährigen Verbandstagen endgültig die Dauer der Lehrzeit in den einzelnen Gewerben festzusetzen und für das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge gegenüber der Zahl der in einem Betriebe beschäftigten Gesellen eine bestimmte Norm zu schaffen. Dadurch soll der Lehrlingszüchterei entgegengetreten werden, die in einzelnen Gewerkszweigen in bedenklicher Weise, zum Schaden der selbstständigen Meister wie der Gesellen, die sie mit Arbeitslosigkeit bedroht, überhand genommen hat.

Eine Ausführung des früheren Handelsminister Fehren. von Berlepsch auf dem in Braunschweig stattgehabten evangelisch-sozialen Kongreß über „Soziale Entwicklungen im ersten Jahrzehnt nach Aufhebung des Sozialistengesetzes“ ist so beachtenswert, daß wir nicht versäumen wollen, in Nachstehendem die Schlussfolgerungen des Redners auch zur Kenntniß unserer Leser zu bringen:

Seit Aufhebung des Sozialistengesetzes hat die sozialdemokratische Partei zwar nicht an Boden verloren, ihre Vertreter halten zwar fest an ihrem Programm, aber es zeigen sich Strömungen, die auf eine friedliche Lösung der sozialen Frage hinarbeiten, und diese Strömungen sind mächtig. Die Erkenntniß, daß die anderen Berufsclassen an dieser friedlichen Lösung mitarbeiten müßten, wächst. Das auf Erlangung der Gleichberechtigung u. s. w. gerichtete Bestreben der arbeitenden Klassen ist berechtigt, und die Erkenntniß, daß die gebildeten Klassen dasselbe nicht bekämpfen dürfen, nimmt zu. Wenn auch von einer Ueberwindung der in der Arbeiterschaft herrschenden Strömung nicht gesprochen werden kann, so hat sich die Entwicklung doch bisher in der Richtung auf den sozialen Frieden bewegt. Die Anschauung, daß der Arbeitgeber der Herr und der Arbeitnehmer der Untergebene sei, steht zwar noch immer für Viele fest, weicht aber langsam der Erkenntniß, daß beide Theile, auf dem Boden eines Arbeitsvertrages stehend, gleichwerthig sind. Man darf auf ein weiteres Fortschreiten des Gesundungsprozesses in der sozialen Entwicklung für das kommende Jahrzehnt hoffen, wenn er nicht durch gewaltsame Eingriffe unterbrochen wird. Sie kann nur unter dem Zeichen der Anerkennung, der Gleichberechtigung vor sich gehen. Gerechtigkeit, nicht Wohlthaten erheischt die soziale Entwicklung.

Unsere Jahresabschlüsse.

Mit Nummer 23 der „Eiche“ ist nun auch der Jahresabschluss der Zuschußklasse und somit jetzt die Berichte sämmtlicher Klassen in den Händen der Mitglieder, welche wohl alle mit mehr oder weniger Interesse darauf gewartet resp. bedauert haben, daß diese Berichte nicht frühzeitiger erschienen sind. Wenn der Unterschied im Termin der Veröffentlichung gegen die Vorjahre auch nur wenige Wochen beträgt, so glauben wohl viele Genossen, die jugendliche Thätigkeit der neuen Beamten wird eine Aenderung in dem bisher üblichen Ufus bringen, es muß aber doch darauf hingewiesen werden, daß sich zunächst auch die neuen Beamten einarbeiten müssen, da auch die Zusammenstellung der Jahresberichte gelernt sein muß, namentlich da in diesem Jahre der Beschluß des Weikenseer Delegirtenstages: „Der Schatzmeister hat die Jahresberichte allein anzufertigen“ zum ersten Mal zur Ausführung kam; sodann aber tragen zum nicht geringen Theil an der Verzögerung jene saumseligen Herren Ortskassierer Schuld, welche noch im Monat März gemahnt werden mußten, die letzten Abschlüsse des Jahres 1900 einzusenden. Hoffentlich lassen sich bis nächstes Jahr alle entgegenstehenden Hindernisse beseitigen und wird dann auch die Veröffentlichung zeitiger erfolgen. Doch nun zum Jahresberichte selbst.

I. Gewerksverein.

Obwohl die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 350 gestiegen ist und dieselbe am Schluß des Jahres 6806 betrug, so ist doch namentlich zu bedauern, daß den im Laufe des Jahres beigetretenen 1706 Mitgliedern, eine Zahl von 1478 Ausgeschiedenen gegenübersteht. Wenn auch ein erheblicher Prozentsatz der Letzteren durch Tod, Eintritt zum Militär oder Ergreifen eines anderen Berufs ausschied, so giebt doch die große Zahl der Ausgeschiedenen Veranlassung, der Frage näher zu treten, wie dem Ausscheiden der neuen Genossen entgegengearbeitet werden kann, und muß es namentlich Aufgabe der Ortsvereinsausschüsse sein, ihr Augenmerk auf die Erhaltung der neu beigetretenen Genossen zu lenken. Hierher gehört vor allem, die Versammlung durch Veranstaltung von Vorträgen gewerblichen und belehrenden Inhalts anregend und interessant zu gestalten, um den neu Beigetretenen die Zwecke, Ziele und Leistungen der Organisation vor Augen zu führen.

Das Gesamt-Gewerksvereins-Vermögen ist gegen das Vorjahr um 11 032,66 Mt. gesunken und betrug am Schluß des Jahres 77 154,60 Mt. Wenn dies im Hinblick darauf, daß dadurch der Bestand pro Kopf statt 13,66 Mt. jetzt nur 11,35 Mt. beträgt, auch bedauerlich ist, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß unsere Organisation im Vergleich zu anderen immer noch eine der bestfundirtesten ist, wie auch berücksichtigt werden muß, daß die im Berichtsjahre herrschende allgemein schlechte Geschäftslage viele Kollegen nöthigte, die Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Der Rückgang des Vermögens wird schon deshalb nicht groß Wunder erregen, weil

schon in Weiskensfeld bei Begründung der auf Erhöhung der Beneficien zielenden Anträge betont wurde, „es müssen die Leistungen erhöht, die Mitglieder im Bedarfsfalle einen stärkeren Rückhalt an dem Gewerksverein haben, auch wenn das Vermögen bis zum nächsten Delegiertentage herabgehen sollte, denn nur dadurch, daß wir das Unterstützungswesen zeitgemäß ausbauen, ist es möglich, neue Mitglieder zu gewinnen.“ Die Thatsache, daß wohl das Vermögen herabgegangen, nicht aber die Mitgliederzahl in entsprechender Weise gestiegen, ist deshalb für alle Kollegen eine ernste Mahnung, nicht zu erlahmen in der Werbung und Gewinnung neuer Mitglieder.

Die Summe der Beiträge ist von 34 569,10 Mk. im Jahre 1899 auf 48 577,62 im Jahre 1900 gestiegen, welches hauptsächlich seinen Grund darin hat, daß die jetzt 15 Pfennig wöchentlich beizugenden erhöhten Beiträge das volle Jahr hindurch zur Einziehung kamen, während dies im Jahre 1899 den Beschlüssen entsprechend erst im letzten Vierteljahr geschah. Es sei hierbei bemerkt, daß der Gewerksverein trotz der wesentlich größeren Finanzspruchnahme der Leistungen nicht nöthig hatte, Extrabeiträge zu erheben, wie dies bei anderen Organisationen, welche schon an und für sich fast das Doppelte an Beiträgen erfordern, bald zur Regel geworden ist. Die übrigen Einnahmen setzen sich zusammen aus den Zinsen, welche in Folge des notwendigen Verkaufs von Werthpapieren gegen das Vorjahr um 197,30 Mk. zurückgingen und im Berichtsjahre 2513,50 Mk. betragen, sowie aus den von der Zuschußkasse an den Gewerksverein gezahlten 2000 Mk. Verwaltungskosten. Diese Pauschalsumme zahlte die Zuschußkasse für die im Laufe des Jahres vom Gewerksverein getragenen Ausgaben für Porti, Schreibmaterial, Sitzungsentzündung u. s. w. Abgesehen von der für die „Eiche“ erzielten Einnahme für Inserate, Einbände und Abonnements in Summe 98,55 Mk. wäre wohl nur noch der Einnahmeposten „Porti vom Verbände“: 398,75 Mk. zu beachten. Diese Summe bedeutet die Rückzahlung des Portos, welches durch Beilegung und Versendung des Verbandsorgans mit unserer „Eiche“ an Mehrkosten erwächst. Zu den anderen Einnahmeposten wäre wohl eine Erklärung nicht nöthig, wenn nicht vielleicht der Posten „Darlehne“ zu Fragen Veranlassung geben könnte. Die Aufnahme eines Darlehns durch die Herrn Ortskassierer ist nothwendig, wenn dieselben am Quartalschluß einsehen, daß dieselben im abgelaufenen Vierteljahr mehr ausgegeben, als wie eingenommen, ohne, wie es statutarisch richtig wäre, Remittirung vorzunehmen. Die Herren Ortskassierer helfen sich aber durch Aufnahme eines Darlehns, welches dieselben im nächsten Vierteljahre wieder herausbuchten wie aus der fast gleichen Höhe desselben Postens in der Ausgabe hervorgeht.

Nun zur Ausgabe. Zu den von den Ortsvereinstafften gemachten Ausgaben sind, da dieselben durch Statut und Geschäftsordnung vorgegeben, sich auch in dem Rahmen der festgesetzten Prozente halten und wesentliche Aenderungen gegen das Vorjahr nicht vorgekommen, besondere Ausführungen nicht zu machen. Nur ein Posten wäre es, dem unbedingt für die Folge mehr Beachtung geschenkt werden muß, nämlich dem aus den 5 Prozent der Nettoeinnahme des Ortsvereins gebildeten Bildungsfonds. Durch Abs. 4 des § 2 sowie § 40 des Statuts ist auch die Förderung der allgemeinen und Fachbildung als ein Theil der Mittel bezeichnet, der Erreichung der Ziele des Gewerksvereins näher zu kommen, und liegt es den einzelnen Ausschüssen ob, die gegebenen Bestimmungen zur Ausführung zu bringen. Wenn dies nun auch von einem großen Theil der Vereinsleitungen in anerkenntniswerther Weise geschieht, so zeigt doch auch ein Blick auf die Spezialabrechnung des Bildungsfonds, daß man in vielen Ortsvereinen Ausgaben für Bildungszwecke überhaupt nicht kennt, sondern nur von Jahr zu Jahr die Prozente dem Bildungsfonds überweist und so gewissermaßen ein todtes, seiner Bestimmung entzogenes Kapital anammelt. Es ist doch nicht gut anzunehmen, daß das Bedürfnis, Bildung und Wissen zu erweitern, in diesen Ortsvereinen überhaupt nicht vorhanden ist und so mögen diese Zeilen dazu beitragen, mit der bisher geübten Praxis zu brechen und im Sinne des Statuts zu verfahren.

Einer besonderen Beachtung muß aber den für Unterstützung gezahlten Summen gewidmet werden. Dieselben betragen im Berichtsjahre 24 343,37 Mk., das sind 13 454,52 Mk. mehr als im Vorjahre für die gleichen Zwecke gezahlt worden ist, so daß also mehr als die Hälfte der gezahlten Beiträge den Mitgliedern wieder direkt zu Gute gekommen ist. Es wurden, bedingt durch die Arbeitseinstellungen in Bromberg, Elbing, Altwasser, Weiskensfeld, Berlin und anderen Orten, an welchen, wie unseren Genossen aus den seinerzeit in der „Eiche“ veröffentlichten Berichten bekannt sein dürfte, ein Theil unserer Genossen theilhaftig war, allein für Maßregelungs- und Aussperrungsunterstützung die Summe von 11 530 Mk. gezahlt. Wenn diese Kämpfe auch nur zum Theil siegreich für die Arbeiterschaft geführt werden konnten, welches seinen Grund wohl hauptsächlich in der schon oben erwähnten allgemein schlechten Geschäftslage hatte, so hat der Gewerksverein der Deutschen Tischler doch den Beweis erbracht, daß der ihm so oft gemachte Vorwurf, er trete für das Interesse seiner Mitglieder nicht so ein, wie dies von anderen Organisationen geschieht, ein ungerechtfertigter ist, und ist den an den Umständen theilhaftigen Kollegen bis zur Beendigung des Ausstandes die im Statut vorgesehene Unterstützung voll gezahlt worden, was bei anderen Organisationen nicht immer der Fall sein soll. Mehr als das Doppelte gegen das Vorjahr, und zwar die Summe von 6766,50 Mk., wurde im Berichtsjahre an Unterstützung für unverschuldete Arbeitslosigkeit gezahlt, welches wohl wieder einen sprechenden Beweis des

Darniederliegens der Industrie bedeutet. Daß das Bestere auch bestimmend war bei der Mehrausgabe für Reise- und Wanderunterstützung sowie Beihilfe zur Uebersiedlung, ist wohl nicht zu leugnen.

Alle weiteren Ausgaben sind ja durch Statut vorgeschrieben und gewissermaßen in ihrer Höhe fest begrenzt, jedoch wollen wir die gegen das Vorjahr abweichenden in Nachstehendem einer kurzen Besprechung unterziehen. Wenn die Bureaukasse in diesem Jahre mit 441,50 Mk. eingestellt ist, so wird es dem aufmerksamen Leser der Jahresberichte aber nicht entgangen sein, daß ein gleichnamiger Posten in der Zuschußkasse, die zeitige bedrängte Lage derselben berücksichtigend, fehlt, welches jedoch im nächsten Jahre wieder Ausgleich findet. In dem Posten Gehälter, welcher gegen das Vorjahr um 2251 Mk. höher ist, ist auch diejenige Summe enthalten, welche laut Beschluß der allgemeinen Mitgliederabstimmung an die früheren Beamten Wulff und Liebmann nachgezahlt wurde. Auch die für Sigungen gezahlte Summe weist eine wesentliche Erhöhung auf, welche entstanden ist durch Abhaltung der Plenarsitzung vom 4. Juni, deren Einberufung wegen der von Generalsekretär Wulff und Schatzmeister Liebmann erfolgten Amtsniederlegung nothwendig war. Verbandsbeiträge und Organabonnements sind Ausgabenposten, welche durch Verbandsstatut festgelegt sind, und zeigen dieselben nur die durch die größere Mitgliederzahl bedingte Erhöhung gegen das Vorjahr. Die Ausgaben für Agitation und Reise haben sich gegen das Vorjahr verdreifacht, ein Beweis, daß das Bureau den so oft ausgesprochenen Wünschen, die Vereine müssen öfter besucht werden, soweit es in seinen Kräften lag, nachgekommen ist; daß aber der Besuch der Vereine eine dringende Nothwendigkeit war, hat sich aus allen von den auf Agitation gewesenen Rednern und von den besuchten Vereinen eingesandten Berichten ergeben. Im Hinblick auf den gleichen Ausgabenposten bei anderen Organisationen muß anerkannt werden, daß von unserer Seite im Vergleich zu jenen, herzlich wenig in der Agitation gethan wird. Hoffentlich tritt auch hier bald eine Aenderung zum Besseren ein.

Wenn man zu dem für Druck, Einbände und an Autorenhonorar der „Eiche“ gezahlten 9722,71 Mk. noch die im „Porti“ liegenden circa 2700 Mk. Versandkosten hinzurechnet, so ergibt dies die Summe von 12 422,71 Mk., welche, selbst wenn die in Einnahme für die „Eiche“ erzielten 497,30 Mk. davon in Abzug gebracht werden, fast genau ein Viertel der Netto-Einnahme ausmacht. Daß die „Eiche“ gegen früher wesentliche Verbesserungen erfahren, ist unbestreitbar und die Aufgabe aller Genossen muß es sein, dieselbe mehr als bisher im Kampf für unsere Ideen zu benutzen. Es muß aber auch verlangt werden, daß die „Eiche“ von Seiten der Mitglieder und Ausschüsse mehr als wie geschehen durch Einsendung von Berichten über alle wichtigen Vorkommnisse auf gewerblichem Gebiet, stattgehabten Versammlungen u. s. w. in ihrem Bestreben unterstützt wird. Denn erst durch gegenseitiges Hand in Hand arbeiten von Mitgliedschaft und Schriftleitung kann etwas für die Gesamtheit Ersprießliches erreicht werden, und werden dann auch die für die „Eiche“ gemachten Ausgaben Früchte tragend angelegt sein.

Die Posten Ruhegehalt 480 Mk. (gezahlt an die Kollegen Wulff und Liebmann) mit der Amtsniederlegung am 1. Juli sowie 100 Mk. Jubiläumsgabe (dem Generalsekretär Wulff) entsprechen den in Weiskensfeld gefassten Beschlüssen.

Für Schreibhülfe wurde in diesem Jahre die Summe von 767,27 Mk. gezahlt, und zwar in den ersten Monaten des Jahres zum Theil für die bei Ausfertigung der neuen Statutenbücher nothwendige Schreibhülfe, sowie für die durch Beschluß des Generalraths für dringend nothwendig erklärte Prüfung der gesammten Bureauverhältnisse durch Herrn Generalrevisor Meyer.

Alle anderen Ausgabenposten bedürfen einer besonderen Erläuterung nicht und wären wir somit am Schlusse unserer Betrachtungen über den Gewerksvereinsjahresbericht angelangt. In der nächsten Nummer werden wir den Bericht über die Begräbniskasse einer kurzen Besprechung unterziehen.

Aus den Ortsvereinen.

Greifswald. Allgemeine Verwunderung erregte es in unseren Mitgliederkreisen, daß in der als Beitarikel der Nr. 19 der „Eiche“ befindlichen Besprechung unserer Arbeitsstatistik gesagt wird:

„Den Rekord mit einer dreizehntündigen Arbeitszeit schlägt Greifswald, eine Universitätsstadt, die auch in früheren Jahren sich durch die denkbar schlechtesten Arbeitsverhältnisse einen traurigen Vorrang in unserer Arbeitsstatistik zu gewinnen verstanden hat.“

Ganz so schlimm liegt die Sache nun doch nicht. Auch hier in Greifswald gehört die elfstündige Arbeitszeit, wie leider noch in sehr vielen Orten Deutschlands zu der normalen, doch ist es einem Theil der Kollegen bei der einsichtsvollen Arbeitgeberschaft schon gelungen, die Arbeitszeit auf 10 $\frac{1}{2}$, resp. 10 Stunden herabzusetzen.

E. Drews, Sekretär.

(Wenn in diesem Falle der Schriftleitung auch kein Vorwurf zu machen ist, da auf dem von Greifswald eingesandten Formular die Dauer der Arbeitszeit mit 13 Stunden angegeben war, so nehmen wir doch gern von der Berichtigung Notiz mit dem Wunsche, daß es dem einmüthigen Bestreben der dortigen Kollegen gelingen möge, recht bald günstige Resultate in Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen, damit die nächstjährige Arbeitsstatistik andere Schlüsse über die gewerblichen Verhältnisse Greifswalds zu ziehen berechtigt. D. Red.)

Auskunft der „Eiche“.

Auskunft in allen Fragen des praktischen Lebens ertheilen wir unseren Mitgliefern gern umsonst, schnellstens und gewissenhaft
in der Auskunft: sobald die Anfrage von allgemeinem Interesse ist,
schriftlich: sobald es sich um persönliche Angelegenheiten handelt.
 Wird schriftliche Antwort gewünscht, dann ist der Anfrage ein mit der Adresse versehener und postfrei gemachter Briefumschlag beizufügen.

R. B. Ein außerehelich geborenes Kind hat die Rechte eines ehelichen, ist also auch wie ein eheliches erbberechtigt, falls sich seine Eltern hinterher ehelichen und der Vater das Kind als das seinige standesamtlich anerkennt.

B. v. d. L. in Neckarsulm. Als Wartezeit für den Bezug von Invalidenrente schreibt das Gesetz fünf Jahre vor. In Ihrem Falle haben Sie aber auch Aussicht auf Aufnahme in eine Lungenheilanstalt und müssen Sie bez. Anträge bei der Landesversicherungsanstalt unter Beifügung eines Gutachtens des behandelnden Arztes einreichen.

S. M. in Berlin. Für Einsendung des Berichtes über den Besuch bei Volle besten Dank. Leider eignet sich derselbe keines Themas wegen nicht zur Aufnahme in der „Eiche“. Veräumen Sie aber nicht, gelegentlich Berichte über einschlägliche Vereins- resp. gewerbliche Vorkommnisse einzusenden. Gruß!

Seuilleton.

Eine Räthselaufgabe.

Nach dem Englischen. Von R. Tenge.

(Nachdruck verboten.)

Dinsmore und Koz waren zu einem flüchtigen Besuche nach dem elterlichen Landhause Dick Cushing's gekommen; sie hatten mit ihm vier Jahre die Schulbänke von Cambridge gedrückt und gaben sich nach der überstandenen Studienzeit mit dem vollen Behagen der Jugend und Gesundheit den heiteren Freuden des Landlebens hin. Wie ein glücklicher Traum schwanden die beiden Wochen, so lange währte der flüchtige Besuch, allen Bieren dahin; allen Bieren, denn Mik Stanley zählte als Vierte mit; ihres Bruders. Die Gäste waren auch ihre Gäste; sie machte alle fröhlichen Unternehmungen derselben durch Dick und Dünn mit, mochte es eine Fuhrpartie sein, oder ein Ausflug zu Pferde, oder auf dem Wasser. Dinsmore und Koz waren überdies alte Bekannte, sie waren während Dick's Kollegienzeit manchmal nach Cushingham gekommen, also hatte Mik Stanley sie öfter gesehen, und war es auch nur flüchtig gewesen, wie man eine Schwalbe sieht, die durch die Lüfte streicht.

Mik Stanley überließ sich den Annehmlichkeiten des Besuches mit jugendlicher Harmlosigkeit; Herz und Sinn schien nur auf allerhand lustiges Treiben gerichtet und keiner der beiden Gäste ihre Gedanken ernster zu beschäftigen; doch wenn sie sich genau geprüft hätte, so würde sie vielleicht nicht in Abrede gestellt haben, daß es sie nicht ganz gleichgültig ließ, wenn Koz seine dunklen sinnigen Augen nach ihrer Person richtete. Und er that dies bei jeder Gelegenheit; die geringste Gunst, die sie ihm zuwandte, erfüllte ihn mit Glückseligkeit, und wenn er eine Vernachlässigung zu erfahren meinte, wurde er niedergeschlagen und traurig. Aber einem Dritten wäre es schwer gewesen, zu unterscheiden, ob Mik Stanley Koz oder Dinsmore den Vorzug gab oder mit Beiden nur Spiel trieb.

Am Morgen, als die beiden Freunde abreisten, tändelte sie auf dem Hofe vor dem Hause mit ihrem Hunde, einem großen, prächtigen Bernhardiner, ein kleinerer, ein schwarzbrauner Rattler, stand eifersüchtig über die ihm wiederfahrne Vernachlässigung daneben. Als die beiden Freunde vortraten, richtete sich ihre schlanke geschmeidige Gestalt in die Höhe und schritt auf die Abreisenden zu, um ihnen zum Abschied die Hand zu reichen. Die Unruhe, welche mit einer Trennung verbunden ist, war vielleicht schuld, daß sie die betäubte Miene nicht beachtete, mit der Koz sich ihr näherte. Mit demselben freundlichen Lächeln und gleicher Herzlichkeit reichte sie beiden die Hand und sagte: „Dick und ich werden Sie sehr vermissen.“

Daß sie dem zuletzt an sie tretenden Dinsmore eine Rose, die sie zufällig angestekt hatte, mit auf den Weg gab, geschah, weil er darum bat, und so unbefangen, als wäre es ein Tuch oder ein anderes Stück Gepäck gewesen.

Koz und Dinsmore sahen einander so ähnlich, wie die beiden Hunde der Mik Stanley. Dinsmore hatte den starkknöchigen Bau des Neu-Engländer's, breite Schulter, kräftig geschnittene Gesichtszüge, kurzgeschorenes Haar; der mächtigen Erscheinung entsprach der Geist; allen Einbildungen und Schwärmereien abhold, prüfte er nüchtern, was ihm vorkam, er hielt fest an den gewonnenen Ueberzeugungen, kurz, er war von dem Stoffe, der praktische Geschäftsmänner, leitende Wortführer liefert; mit fünfzig Jahren konnte er es wohl zum Präfidenten einer Bank oder einer einflussreichen Staatsperson bringen. — Koz war sein Gegenstück. Weniger in die Augen fallend, aber von gefälligerem Wesen, die Gestalt zierlich, die Gesichtszüge etwas schwärmerisch, jedoch von ernster Strebamkeit beseelt; all sein Thun verrieth peinliche Genauigkeit, die Schleife seines Halsstüches war mit derselben Sorgfalt angelegt, wie der Brief oder Aufsatz, den er schrieb.

Etwa acht Tage nach ihrer Rückkehr nach Boston wurden beide zu einer Segelpartie durch den Hafen eingeladen. Unter den Damen, die sich an Bord der Yacht befanden, war eine Mik Bromfeld, welche Dinsmore kannte, und der er daher der Schicklichkeit gemäß seinen Freund Koz vorstellte. Da in Boston die halbe Stadt Better und Basse ist, so war es nicht zu verwundern, daß sich Mik Bromfeld als eine Verwandte von Mik Stanley Cushing zu erkennen gab und das Gespräch sich dem Besuche zuwendete, den die beiden Freunde auf Cushing's Landhause abgestattet hatten.

„Ich weiß, ich weiß es“, sagte Mik Bromfeld, „Mik Stanley hat mir darüber geschrieben. Ah, wie habe ich Sie beneidet!“

Mik Bromfeld war eine etwas in die Jahre gekommene Dame, die es sich leidenschaftlich angelegen sein ließ, für das Behagen und die Erheiterung ihrer Umgebung zu sorgen. Sie hatte zu diesem Zwecke allerlei kleine Mittel in Bereitschaft, namentlich Räthselfragen jeglicher Art, und zu jeder wußte sie eine Geschichte, bei welcher Gelegenheit und von welchen bekannten oder berühmten Personen das Räthsel gemacht war. Auf der Rückfahrt gerieth die Unterhaltung ins Stocken; man war von dem genossenen Vergnügen gesättigt; der Blick auf die ausgebreitete Stadt mit ihren Giebeln, Giebeln und Thürmen, der vergoldeten Kuppel des Regierungsgebäudes, den blauen Milton-Hügeln im Hintergrunde, um die das Farbenspiel des Abendhimmels schwebte, war allen zu bekannt, um eine Anregung zu gewähren. Flugs war Mik Bromfeld mit ihrer zuckersüßen Stimme zur Hand und schlug eine Räthselaufgabe vor. Aus Artigkeit zeigten sich Dinsmore und Koz entzückt über das Spiel und machten unter einander eine kleine Wette, wer das Räthsel zuerst lösen würde. Mik Bromfeld klatschte dazu Beifall und versprach, da sie in den nächsten Tagen auf längeren Besuch nach Cushingham gehen würde, den glücklichen Bewältiger der Ruz dorthin einzuladen.

„Es ist wirklich ein allerliebste'stes Räthsel“, setzte sie hinzu, „aber zu lang, um es im Gedächtnis zu behalten; ich will es Ihnen lieber aufschreiben.“

Mit diesen Worten nahm sie ein Brieftäschchen hervor, zerriß einen alten Brief in zwei Theile, und indem sie die Aufgabe auf die leere Rückseite der Papierstücke schrieb, erläuterte sie:

„Aspasia soll es dem Perikles aufgegeben haben, Cleopatra dem Antonius, Königin Elisabeth von England dem Essex und in neuerer Zeit Eugenie dem Kaiser Louis Napoleon. Ob es war ist und in welcher Sprache das Räthsel ursprünglich abgefaßt wurde, weiß ich nicht; ich erwähne dies nur, um Ihnen den Sinn desselben anzudeuten, mehr darf ich nicht verrathen. Da haben Sie es Jeder schriftlich.“

Indem sie den beiden Freunden die Zettel reichte, schwenkte das Schiff im Bogen zum Landungsplatze. Dinsmore und Koz steckten die Zettel ungelesen ein; sie hatten alle Hände voll zu thun, den Damen an's Land zu helfen. Auf der Lande theilte sich die Gesellschaft; Dinsmore und Koz nahmen denselben Weg. Der Erstere war in Boston zu Hause, Koz gehörte nach Newyork. Im Fortschreiten fiel Dinsmore die Räthselaufgabe ein; er zog seinen Zettel hervor, las und behauptete lachend, er werde die Wette gewinnen.

Koz holte seinen Zettel ebenfalls hervor, las das Räthsel laut Wort für Wort und übte seinen Witz daran. Während er noch seiner Laune die Zügel schießen ließ, drehte er arglos das Papier um und warf einen Blick auf die Schrift, welche einen Theil des durchgerissenen Briefes ausmachte. Auf einmal wurde er still, die Fröhlichkeit verschwand aus seinen Mienen, auf Dinsmore's Scherze gab er keine oder eine einsilbige Antwort; er wurde zunehmend schweigsamer und zerstreuter, so daß Dinsmore endlich fragte:

„Was ist Dir?“

„Nichts.“

„Fehlt Dir etwas?“

„Daß mich, ich habe keine Lust zu schwagen.“

„Na, na! Hast Du Dir den Magen überladen oder eine zu starke Cigarre geraucht?“

„Nein; ich mag nur nicht sprechen. Ich will auf dem kürzesten Wege in meinen Gasthof eilen; vielleicht bessert sich meine Stimmung. Auf Wiedersehen, und sei nicht böse über meine schlechte Laune!“

Er reichte dem verwundert darenin schauenden und den Kopf schüttelnden Dinsmore die Hand und rannte davon.

Sobald er sein Zimmer erreicht hatte, warf er sich auf einen Stuhl, fuhr mit der Hand verzweiflungsvoll über die Stirn und zog den Zettel mit dem Räthsel der Mik Bromfeld wieder hervor, aber das einfältige Räthsel kümmerete ihn nicht, mit peinlicher Spannung studirte er an den Briefzeilen der andern Papierseite herum, deren unregelmäßig beim Zerreißen abgetrennte Bruchstücke ein ernstes Räthsel für ihn waren, dem er eine noch ernstere Deutung unterlegte. Die Zeilenhälfen lauteten:

„Die beiden jungen
sind jetzt eingetroffen,
Die's Schulfreunde
Der Eine, ein prächtiger
sogleich mein Liebling,
der Andere ist unansehnlich,
ich nicht leiden mag; ich
Erfreue uns bald mit
so lange das Wetter schön
Deine lie
Stanley

Ist es erforderlich, zu sagen, welche Deutung Noß diesen Bruchzeilen des Briefes der Miß Stanley gab? Für sein eifersüchtiges Gemüth war es sonnenklar, Miß Stanley hatte für seine zärtlichen Aufmerksamkeiten keine Empfindungen gehegt, sein Freund Dinsmore wurde von ihrer Zuneigung beglückt, er war verworfen, verspottet, verdammt!

Nach einer Weile stumpfer Verzagttheit sprang Noß auf und schellte. „Ein Billet für den Nachtzug nach New-York!“ befahl er dem eingetretenen Aufwärter, packte eilends seine Sachen zusammen und fuhr nach dem Bahnhofe. Voll Verwunderung vernahm Dinsmore am folgenden Tage die schleunige Abreise des Freundes; noch größer wurde sein Erstaunen, als er folgendes Telegramm aus New-York erhielt:

„Verzeih' meine plötzliche Abreise; war nothwendig; warum, kann ich hier nicht erklären. Reise übermorgen nach Europa. Gehab Dich wohl!“

Dinsmore schüttelte den Kopf; er verstand das Verfahren seines Freundes nicht; er hatte denselben nie als einen launischen, unberechenbaren Menschen kennen gelernt. Sie hatten verabredet, zusammen eine Reise nach Europa zu unternehmen; was trieb ihn an, allein zu gehen? Er antwortete auf der Stelle und legte Verwahrung gegen das einseitige, wirthbrüchige Handeln ein. Er erhielt keine Antwort, aber es bestätigte sich, daß Noß abgereist war.

Nach verschiedenen Kreuz- und Quersfahrten in Europa kam Noß nach Rom; hier fand er bei dem Bankhause, auf das er sich in New-York einen Creditbrief hatte ausstellen lassen, einen Brief von Dinsmore.

Dieser machte ihm freundschaftliche Vorwürfe über sein tolles Davonrennen, noch mehr über sein Schweigen, das ihn genöthigt habe, auf diesem Wege eine Spur von ihm zu erforschen, und erwähnte auch, daß er die Wette gewonnen, die sie wegen der ersten Lösung des Räthfels der Miß Bromfield eingegangen; gleichviel ob Noß dasselbe errathen oder nicht, er habe seine Auflösung als der Erste der Bromfield zugestellt und dafür richtig eine Einladung nach Cushingham erhalten, wo er in den nächsten Tagen mehrere Wochen einen sehr angenehmen Aufenthalt nehmen werde. Falls Noß die Aufgabe der Miß Bromfield verworfen habe, so lege er dieselbe bei, damit der Freund sich von der Richtigkeit der Lösung überzeuge; er möge sich bald zur Abtragung der Schuld einstellen, wobei sie ihre Freundschaft neu besiegeln wollten.

(Schluß folgt.)

Ämtlicher Theil.

102. Bureauisierung.

Verhandelt Berlin, den 10. Juni 1901, Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1. Görlitz I und II, Zeitz I und II, Berlin (Erster), Fürth und Dresden. Von den eingegangenen Anträgen und Zuschriften der Verwaltungsstellen, über Vorschläge einzelner anderer Kandidaten, Eintheilung der Wahlbezirke etc., die außerordentliche Generalversammlung der Zuschußkasse betreffend, ist Kenntniß genommen, und werden sämtliche Schriftstücke dem Vorstände überwiesen.

2. Brandenburg. Der Antrag des Mitgliedes 1115 D y e l b e r g e r auf Bewilligung von Rechtsschutz wird dem Generalrath zur Bewilligung empfohlen werden.

3. Berlin (Erster). Von der gemeldeten günstigen Erledigung der Klagesache 282 S a r c h o f f ist Kenntniß genommen.

Das Schreiben an Kollegen B a h l k e als berufensten Referenten, in der nächsten Versammlung einen Vortrag über den Verbandstag zu halten, wird bei seinem Eintreffen dem Kollegen übergeben und von demselben auch selbst beantwortet werden.

4. Berlin VI (Pianos.-Arb.) Gegen das Mitglied 944 P l a z e t wird, im Namen des Vorstandes auf Meldung und Antrag der örtlichen Verwaltung wegen Verstokes gegen § 12 Absatz c, eine Ordnungsstrafe von 10 Mk. festgesetzt.

Der Antrag des Ortsvereins, die vor Jahren erfolgte Aufhebung des Reverses in den Berliner Zeitungen bekannt zu machen, wird dem Generalrath überwiesen.

5. Neckarsulm. Der Antrag, dem Mitgliede 8589 M e k g e r die auferlegte Ordnungsstrafe zu erlassen, wird unter Beifügung aller bezw. Zuschriften dem Vorstände unterbreitet.

6. Weißensee-Weipzig-Gohlis. Die Angelegenheit des Mitgliedes 867 B ö h l a n d, Domizilwechsel, ohne Anzeige unter Beifügung eines ärztlichen Attestes lt. § 12 letzter Absatz, wird brieflich erledigt werden.

7. Breslau II. Ein Schreiben des Mitgliedes 1294 G e h h a r d t gen. S e i p e l t wird in Verfolg des Beschlusses der 100. Bureauisierung dem Vorstände überwiesen.

8. Zeitz II. Das Schreiben des Mitgliedes 6633 W i t t e n b e r g e r, wegen Ablehnung des Arbeitslosenanspruches seitens des Bureaus, wird dem Generalrath überwiesen.

9. Die Neuwahlen eines Vorsitzenden in Bromberg und eines Revisors in Worms werden im Namen des Generalrathes und Vorstandes bestätigt.

10. Augsburg. Dem Stundungsantrage des Mitgliedes 80 S e i l b e r g e r kann nicht stattgegeben werden, es müßten denn die Beiträge bis zur statutenmäßigen Frist gezahlt werden, worüber bis Montag Bescheid zu geben ist, da andererseits die Streichung erfolgen muß.

11. Stettin-Grabow. Der Antrag des Ortsvereins, dem Mitgliede 5909 W i l h e l m, anstatt Arbeitslosen- demselben Maßregelungsunterstützung zu gewähren, wird dem Generalrath unterbreitet.

12. Königsberg. Die Meldung über eine stattgefundene behördliche Rassenrevision, welche zu Ausstellungen keinen Anlaß gegeben, ist Kenntniß genommen.

13. Mannheim. Die beantragte Weiterführung des auf Meldung wegen hoher Rente am 1. 4. gestrichenen Mitgliedes 4168 B o s s o n g, muß abgelehnt werden.

14. Auf Grund ärztlicher Atteste ist während der Krankheit, der beantragten Dauer entsprechend, der Domizilwechsel bewilligt: den Mitgliedern 8828 B o l l m e r - Mannheim nach Rappenaun, 1557 L a u s e r - Köln nach Kaiserswerth und 3860 M ö b i u s - Weipzig-Gohlis nach Karlsbad.

15. Uebersiedelungsbeihilfe ist zu zahlen an: 3266 O d r o w s k i von Inowrazlaw bis Limburg, da das Mitglied seine persönliche Reiseunterstützung voll erhalten hat, der Frau 15 Mk., das Kind 7,50 Mk., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 50 Mk., in Summa 72,50 Mk.

16. Pasing. Da den Anforderungen des § 2 des Reglements in keiner Weise nachgekommen ist, auch über vorliegende Differenzen an das Bureau keine Meldung eingegangen, kann über den Antrag wegen Streikunterstützung nicht verhandelt werden. Derartige Schriftstücke sind, vom gesammten Ausschusse unterschrieben, einzufenden.

17. Allenstein. Dem Mitgliede Buchn. 3 S c h u l z ist die Stundung der Beiträge bis den 21. Juli bewilligt.

18. Arbeitslosenunterstützung, pro Arbeitstag 1,25 Mk., ist zu zahlen an: 4853 U r n h o l d - Dr.-Pieschen vom 11. 6. (Beitragsabst. 24. W.) mit Einrechnung der in diesem Jahre erhaltenen Unterstützung; — 2282 B o r k e n h a g e n - Forst v. 10. 6. (Beitragsabst. 24. W.); — 815 W a g n e r - Berlin (West) v. 13. 6. (Beitragsabst. 24. W.) mit Einschluß der in diesem Jahre erhaltenen Unterstützung.

19. In Arbeit: 973 M e r k e l - Berlin, Pianoforte-Arbeiter am 3. 6.; — 5941 V a l l e r - Stettin-Grabow am 4. 6.; — 6666 S c h a d e - Zerbst nach Krankheit ausgesteuert; — 5128 K r u m n o w - Nixdorf am 3. 6.; — 4877 L a n g e r - Dr.-Pieschen am 2. 6.; — 1885 A n d e r s - Dresden am 10. 6.; — 3964 G e r t - Weipzig-Ost am 9. 6. beendet durch Abmeldung auf Wanderschaft.

Schluß der Sitzung 12 Uhr Mittags.

Das Bureau:

W. Zieffe,
Bureaubeamter.

G. Gafner,
Schatzmeister.

P. Bambach,
Generalsekretär.

Zur geneigten Beachtung!

Zum Ersatz verloren gegangener Quittungsbücher, welche hiermit für ungültig erklärt werden, ist (s. § 26 der Geschäfts-Ordnung) kein Kassirer berechtigt, sondern hat den Verlust sofort dem Generalsekretär zu melden; sollte einem unserer Kassirer ein solches vorgelegt werden, so ist dasselbe sofort einzuziehen und dem Generalsekretär einzusenden.

3804 Friedrich Hug-Lauterbach. — 6908 Friedrich Armbruster-Lauterbach. — 5515 Heinrich Welz-Schweidnitz. — 290 Joachim Arps-Berlin (Erster). — 4979 Karl Schnabel-Queblinburg. — 8735 Paul Topel-Bütow i. Pommern.

Das Bureau:

R. Wahlte,
Vorsitzender.

G. Gafner,
Schatzmeister.

P. Bambach,
Generalsekretär.

Zur Beachtung für alle Kassierer und Sekretäre!

Nachstehendes ist zur schnellen und zufriedenstellenden Erledigung dringend notwendig:

1. Alle Zuschriften, welche den Gewerksverein oder dessen Kassen betreffen, sind an den Generalsekretär **P. Dambach**,
2. alle Geldsendungen sind ohne Ausnahme an den Schatzmeister **E. Gafner**,
3. alle Schriftstücke, welche zur Veröffentlichung in der „Eiche“ bestimmt, diese selbst oder die Expedition betreffen, sind nur an den Redakteur **H. Bahke** zu adressieren.

Die Kassierer sind ganz besonders ersucht, die Aufnahmearten recht deutlich auszufüllen und auch die Unterschriften nicht zu vergessen.

Meldungen der Mitglieder über Stufenveränderungen oder über Anmeldungen Familienangehöriger bedürfen immer der Beifügung der Nummern des betreffenden Mitgliedes.

Arbeitslosigkeits-Anträge sind nur einzureichen, wenn dieselben den Bestimmungen der in dem § 3, Absatz c, und § 4 des Reglements enthaltenen statutarischen Vorschriften entsprechen.

Bei Arbeitslosigkeitsunterstützungs-Anträge nach § 4, Absatz 3, des Reglements ist zu beachten, daß für ausgesteuerte Kranke unserer Kasse die Unterschrift des Arztes, durch welche dieser auf dem letzten Krankenschein die Arbeitsunfähigkeit infolge der Krankheit bescheinigt, genügt. Bei Mitgliedern, welche einer anderen oder keiner Krankenkasse angehören, ist die Einsendung eines ärztlichen Attestes bezw. der Bescheinigung, daß Krankengeld nicht mehr gezahlt wird, notwendig. Die Aufnahme der Arbeit ist sofort dem Bureau zu melden, da sonst die Folgen des § 7 des Reglements eintreten.

Uebersiedelungsanträge müssen mit den im § 5 des Reglements geforderten Papieren, als: Antrag, Frachtschein und Nachweis des Arbeitgebers des Zuzugsortes zugleich eingesandt werden.

Es wird noch besonders der § 10 des Reglements den Kassierern zur strengsten Beachtung empfohlen.

Die nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung eingesandten unvollständigen Schreiben und Anträge werden auf Kosten der betreffenden Einsender zur Bervollständigung zurückgesandt.

Weiter ist zu beachten, daß von Mitgliedern, welche mehr wie vier Restbeiträge haben und von anderen Orten kommen, diese Restbeiträge nicht anzunehmen sind, bis aus der „Amtlichen Beilage“ zu ersehen oder vom Bureau Auskunft eingeholt ist, ob dieselben nicht gestrichen sind; diese Mitglieder sind mit ihren event. Ansprüchen an das Bureau zu verweisen.

Das Bureau:

H. Bahke,
Vorsitzender.

E. Gafner,
Schatzmeister.

P. Dambach,
Generalsekretär.

Versammlungen.

Junii.

- Baun.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. Stadt Bittau.“ Beitrags., Gesch.
- Berlin (Erster).** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Versch.
- Berlin (Königt.).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Koppenstr. 65. Gesch., Versch.
- Berlin (Moabit).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, im „Restaur. Sprechallen“, Kirchstr. 27.
- Berlin (West).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gr.-Görtschenstr. 29. Gesch., Versch.
- Berlin (Nord).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Vereinsang.
- Berlin VI (Pianosortearb.).** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpnickstr. 158 im Hof. Gesch., Beitrags., Versch.
- Berlin.** Jeden Donnerstag, Abds. 9 Uhr, Übungsst. d. Sängerkh. d. Hirsch-Dunder'schen Gewerks. i. Königt. Casino, Holzmart- u. Alexanderstr.-Ecke.
- Bredow.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. in der „Bredower Brauerei“. Beitrags.
- Breslau (Tischler).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest zum grünen Löwen“, Büttnerstr. Gesch. — Beitrags. jeden Sonnabend daselbst.
- Bromberg.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Wichert, am Fischmarkt. Beitrags., Gesch.
- Bruchsal.** 23. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Schützenhaufe“. Gesch., Beitrags.
- Bülow.** 16. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Dumrose, am Markt. Gesch., Beitrags.
- Charlottenburg.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Samusef, Windscheidstr. 29. Versch.
- Danzig.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstadt. Graben 9. Gesch., Beitrags.
- Dresden.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Frauenstr. 12, I. Gesch., Beitrags., Versch.
- Düsseldorf.** 23. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. b. Jäger, Gruppelo- u. Karlstr.-Ecke.
- Duisburg.** 23. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Pelzer, Friedr. Wilhelmpl. Versch.
- Am 30. Juni, Ausflug mit Familie nach Ackerfähre.
- Elberfeld.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, v. Figge, Arenberg- u. Breitestr.-Ecke. Beitrags.
- Elbing.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerbhaus.“ Beitrags., Gesch.
- Freiburg.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. grünen Baum“. Beitrags.
- Gleiwitz.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum gelben Hirsch“, Jährzer Chaussee. Gesch., Beitrags. u. A.
- Gügingen.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. rothen Däsen“. Gesch.
- Görlitz.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Adler“. Gesch., Beitrags.
- Hagen.** 16. Vorm. 10 Uhr, Vers. b. Kasel, Wehringhauserstr. 39. Versch.

- Halberstadt.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Nest zum Seydlitz“, Antontenstr. 19.
- Halle.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Stadt Magdeburg“, Martinstr. 9. Versch.
- Vortrag des Herrn Lehrer John: „Halle in der Franzosenzeit.“
- Hirschberg.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. goldenen Löwen“. Gesch.
- Jena.** 22. Abds. 8 Uhr, im „Kaffeehaufe“. Beitragszahlung.
- Kall.** 16. Vorm. 11 Uhr, Vers. im „Nest Haupt“, Viktoriastr. 73. Gesch., Beitrags.
- Karlruhe.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. König v. Preußen“, Adlerstr.
- Landsberg I.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Platt, am Paradeplatz. Beitrags.
- Landsberg II.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Perbe, Priesterstr. 9. Beitrags., Gesch.
- Langenbielau.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Adam“. Beitrags., Gesch.
- Langenöls.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. bei Pfeiffer. Gesch., Beitrags., Versch.
- Leipzig.** 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Bill's Tunnel“, Klostergasse. Versch.
- L.-Lindenan.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hönsch's Saalbau“, Lützenstr. 14.
- Leipzig-Ost.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Nest z. Kohlgarten“, Kronprinzenstr.
- Lüdenscheid.** 16. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Jasvert. Gesch., Beitrags., Versch.
- Magdeburg.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. grünen Löwen“, Georgenstr. 11.
- Mannheim.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Halben Mond“. Beitrags.
- M.-Gladbach.** 23. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Breuer, alter Markt. Beitrags.
- Neustadt (Westpr.).** 23. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Freundschaftl. Garten“, Wallstr. Gesch., Beitrags., Versch.
- Nowawes.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Germaniasaal“. Wilhelmstr. 24.
- Patschkau.** 15. Abds. 7 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. gelben Löwen“. Beitrags.
- Posen.** 18. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Junge, Wasserstr. 27. Beitrags., Versch.
- Potsdam.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Bell, Waisenstr. 61. Beitrags., Gesch.
- Rigsdorf.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 199. Beitrags., Gesch.
- Vortrag des Gen. Dietrich: „Der Jahresabschluss und die Weihenfelder Beschlüsse.“ — Derl. Berw.: Wahl v. 24 Abg. z. auß. Generalvers.
- Rothenburg.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zur Sonne“. Beitrags. u.
- Rudolstadt.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz.“ Gesch., Beitrags.
- Schmölln.** 16. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Nest. Grell“, Bahnhofstr. Gesch.
- Schötmär.** 23. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Odeon“. Gesch., Beitrags., Versch.
- Sprottan.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Gesch., Beitrags.
- Stakfurt.** 16. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Kalle, Giltenerstr. 3. Gesch., Versch.
- Stolz.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Guggert, Synagogenstr. Gesch., Beitrags.
- Stolpmünde.** 16. Nachm. 3 1/2 Uhr, Vers. in „König's Hotel“. Beitrags., Versch.
- Striegau.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrags.
- Ulm.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Steinbock“. Gesch., Versch.

Orts- und Medizinalverbände.

Cottbus (Ortsverband). Sonnabend, 15. Juni, Abds. 8 1/2 Uhr, im „Nest Cap der guten Hoffnung“. Vortrag des Verbandstagsabgeord. E. Grocke über den Cölnener Verbandstag.

Anzeigen.

Durchaus trocken deutsches
Nussbaum und Cedern
sucht P. Quidde, Hannover.

Gebrauchsmuster
PATENTE
Warenzeichen
Gr. 1871.
Richard Lüders, Görlitz.

Modellschreiner finden b. gutem Lohn und lohnenden Akkord dauernde Arbeit durch den Arbeitsnachweis d. Ortsv. der Tischler zu **Grandenz**, Weichselstraße 3, bei **E. Radunski**.

Der gemeinsame
Arbeitsnachweis
der Ortsv. der Tischler Berlin I bis VI, für Jedermann unentgeltlich, befindet sich jetzt
Grünstraße 20, pt.
Täglich geöffnet Vorm. von 8-10 Uhr.

Ein tüchtiger Tischlergehülfe für Bau- und Möbelerarbeit erhält dauernde Stellung in einer Tischlerei mit Motorbetrieb. Näh. durch den Arbeitsnachweis des Ortsvereins d. Tischler in **Schötmär (Lippe)**, Brederstr. 281.

Der **Arbeitsnachweis** des Ortsvereins der Tischler **Schweidnitz** befindet sich beim Genossen **Paul Schubert**, Vorwerkstraße 3, H. II.

„Die Eiche“
Organ des Gewerksvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) u. verwandten Berufsgenossen
Jahrgang 1900
auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für Mitglieder, Vereinsbibliotheken, wie Verbandsmitgliedern zum Preise von **Mk. 3,50** einschließlich Porto durch die
Expedition Berlin O., Münchebergerstr. 15 II
zu beziehen.